



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
3003 Bern

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 22. Juni 2017 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus sowie des dazugehörigen Zusatzprotokolls vom 22. Oktober 2015 und der Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt.

Das geltende schweizerische Recht vermag den durch die beiden Abkommen statuierten Pflichten bezüglich Strafbarkeit, Prävention und internationaler Kooperation bereits heute weitgehend zu genügen. Das geltende Strafrecht verfügt jedoch nur beschränkt über Tatbestände, die den Kernbereich der Abkommen explizit regeln. Wir unterstützen deshalb das Vorhaben des Bundesrats, im geltenden Strafrecht eine Strafbestimmung vorzusehen, die das Vorfeld einer geplanten terroristischen Handlung abdeckt, indem sie die Anwerbung und Ausbildung sowie das Reisen für terroristische Zwecke und entsprechende Unterstützungshandlungen unter Strafe stellt. Auch begrüssen wir die vorgeschlagenen Anpassungen des Nachrichtendienstgesetzes und des Strafgesetzbuchs. Nach Anpassung der Strafprozessordnung wird die Verfolgung der Strafbestimmungen der Bundesgerichtsbarkeit unterliegen. Die vorgeschlagene Lösung erachten wir sachlich und systematisch konsequent und naheliegend. Nachdem die kantonalen Staatsanwaltschaften kaum je in Berührung mit den neu geschaffenen Strafbestimmungen kommen werden und auf kantonomer Stufe nicht mit einem Mehraufwand zu rechnen ist, verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen abschliessend für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 29. September 2017



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli